

Eva Högl: Beim neuen Wehrdienst braucht es "Form von Pflicht"

19.05.2025 | epd | [Krieg und Frieden](#)

Berlin (epd). Die scheidende Wehrbeauftragte des Bundestages, Eva Högl (SPD), erwartet, dass der künftige Wehrdienst nicht allein auf Freiwilligkeit beruhen wird. „Ich glaube nicht, dass wir beim neuen Wehrdienst ohne eine Form von Pflicht auskommen werden - auch wenn ich mir wünschen würde, dass es ohne geht“, sagte Högl dem „RedaktionsNetzwerk Deutschland“ (Montag). Aus ihrer Sicht sollten zudem alle jungen Menschen etwas für die Gesellschaft tun, ob bei der Bundeswehr, im Sozialen, beim Umweltschutz oder in der Denkmalpflege.

Die mit dem Modell der Freiwilligkeit angestrebten 5.000 Wehrdienstleistenden in der Bundeswehr pro Jahr können laut Högl „nur ein erster Schritt sein“. Die Zahl müsse weiter steigen. Zunächst könne aber nicht mit mehr als 5.000 Soldatinnen und Soldaten begonnen werden, „weil es dazu nicht genügend Ausbilder, Ausrüstung und Stuben gibt“.

Offizielles Ziel seien 203.000 aktive Soldatinnen und Soldaten bis 2031, plus Reserve. „Seit Jahren haben wir rund 180.000 Soldatinnen und Soldaten, und der Aufwuchs gelingt bisher nicht. Personal zu gewinnen und Personal zu binden, ist derzeit die größte Aufgabe für die Bundeswehr“, sagte die Wehrbeauftragte, die nach fünf Jahren aus dem Amt scheidet. Für Mittwoch ist die Wahl zur Nachfolge im Bundestag geplant.

„Wenn der Aufwuchs mit Freiwilligkeit gelingt, das wäre gut“, sagte die SPD-Politikerin. Wenn es nicht reiche, brauche es eine Pflicht, analog zum schwedischen Modell.

Deutschland hatte die Wehrpflicht zum 1. Juli 2011 ausgesetzt. Im schwarz-roten Koalitionsvertrag heißt es, Union und SPD wollen sich bei der Ausgestaltung des neuen Wehrdienstes am schwedischen Modell orientieren. Das schwedische Modell basiert auf einem webbasierten Fragebogen, der allen Männern und Frauen im wehrpflichtigen Alter zugesendet wird und

Motivation, Fähigkeiten und Interessen abfragt. Auf dieser Grundlage wird ein Teil der Personen zur Musterung geladen. Ein ähnliches Modell hatte der amtierende Verteidigungsminister Boris Pistorius (SPD) im vergangenen Jahr vorgestellt.